

SPD demokratischer pressediens

P. XXV. 190

8. Oktober 1970

Der neue Sportkolos DDR

Erkenntnisse und Konsequenzen für die
Bundesrepublik

Von Dr. Adolf Müller-Emmert SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Sport und Olympische Spiele

Seite 1 und 2/ 62 Zeilen

Hochpolitischer Herbst für Bonn

Endrunde in Warschau und neuer Beginn in Prag

Seite 3 und 4/ 69 Zeilen

Gebot der Stunde: Sachliche Arbeit

Zum abgewiesenen Mißbilligungsantrag der CDU/CSU

Seite 5/ 38 Zeilen

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

"Insbesondere die Probleme der Älterwerdenden
einbeziehen"

"Frau und Gesellschaft" interviewte Staatssekretär Rohde zum Problem älterwerdender Arbeitnehmer

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 3153
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 845 688 8477
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Der neue Sportkoloß DDR

Erkenntnisse und Konsequenzen für die Bundesrepublik

Von Dr. Adolf Müller-Emmert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Sport und Olympische Spiele

In zwei Jahren werden die XX. Olympischen Sommerspiele 1972 in München und in Kiel bereits der Vergangenheit angehören. Doch schon heute, 22 Monate bevor das Olympische Feuer im Münchner Olympia-Stadion zum erstenmal lodern wird, sind die deutschen Sportler Gesprächsthema Nummer eins im weltweiten Sport. Freilich liefern die DDR-Sportler hierfür den überwiegenden Diskussionsstoff. Sie haben mit sportlich hochklassigen und neidlos anzuerkennenden Leistungen ihren Staat in die Rolle einer europäischen Sport-Großmacht manövriert. Die DDR-Politikführung weiß ihre Aufwertung durch den Sport entsprechend zu würdigen, denn auf keinem anderen Gebiet konnte die DDR soviel außenpolitische "Lorbeeren" ernten wie durch die Rekord- und Medaillenflut, die die mitteldeutschen Sportlerinnen und Sportler auf das DDR-Konto buchen. Erst kürzlich konnte Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht erklären: "Die bemerkenswerten Resultate des Leistungssports der DDR sind beileibe keine Wunder, und sie sind auch nicht dem Zufall zu verdanken. Diese Erfolge sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Vorzüge unserer vorwärtstrebenden sozialistischen Gesellschaftsordnung systematisch, zielstrebig und schöpferisch genutzt werden."

Die Richtigkeit dieser Ulbricht-These ist allerdings nur teilweise gegeben, denn das DDR-Gesellschaftssystem ist keine Wunderdroge für Rekorde und Medaillen im Sport. So können sich der Fußball- und der Radsport der DDR beispielsweise noch nicht mit internationalen Erfolgen krönen, wie dies andererseits den Leichtathleten und Schwimmern gelang. Angesichts der Olympischen Spiele 1972 dürfen den Bundesbürger, der von den "vorolympischen Lektionen" der Sportler mit dem Hammer und Zirkel auf dem Trikot überrascht ist, die sportpolitischen Fakten einer in der Vergangenheit fehlenden Koordinierung der Sportförderungs-Motwendigkeiten zwischen Sport und Staat in der Bundesrepublik

nicht überraschen. Während einerseits die Bundesländer auf ihre "Sportförderungshoheit" pochten, fühlte sich der Sport angesichts der überwiegend konservativen und wenig sportfreundlichen Haltung der CDU/CSU-Regierungen früherer Jahre als "gebranntes Kind", das nur zaghaft einer Partnerschaft zwischen Sport und Staat Glauben schenken wollte.

In dieser Zeit konzentrierte sich die DDR auf der Basis weltweit anerkannter sportwissenschaftlicher Erkenntnisse, die vor allem an der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig gewonnen wurden, in zielbewusster Systematik auf den Spitzensportler, die ihr dazu verhalf, sogar den Sportmannschaften der UdSSR zu überflügeln. Hinzukommen mehr als 110.000 qualifiziert ausgebildete Übungsleiter, die "Spartakiaden" sowie die Schul- und Betriebssportpflicht. Der Einsatz ehemaliger Spitzensportler dient nicht nur dem Spitzensport, sondern in markanter Weise auch dem Breitensport. Bereits seit 1950 ist der Turn- und Sportunterricht an allen Schulen der DDR obligatorisch.

Für die Bundesrepublik bleibt die Erkenntnis, Konsequenzen ziehen zu müssen, sofern sie dem Sport eine ihrer allgemeinen Leistungskraft entsprechende internationale Rolle sichern will. Konsequenzen allerdings, die unseren Vorstellungen von Sport in der Demokratie entsprechen müssen. Mit den erfolgreichen Initiativen für die "Deutsche Sportkonferenz" hat die SPD im staatlichen Bereich dafür gesorgt, daß die Kraft und vielfältigen Ideen und Möglichkeiten unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft dem Sport zu einer breiten und gesicherten Basis in kontinuierlichen Zusammenwirken zwischen dem Sport, Bund, Ländern und Gemeinden verhelfen. Angesichts dieser Tatsachen sind euphorische Medaillen-Hoffnungen für 1972 in der Bundesrepublik fehl am Platze. Die Medaillen freilich sind für die Besten bestimmt. Wer sich zu ihnen zählen kann, werden die Olympischen Spiele 1972 zeigen.

Hochpolitischer Herbst für Bonn

Endrunde in Warschau und neuer Beginn in Prag

Die dichte Aufeinanderfolge der Termine für den Abschluß der Verhandlungen mit Polen und für den Beginn der offiziellen Gespräche mit der CSSR läßt erkennen, daß die bundesdeutsche Ostpolitik, die Dank der gemeinsamen Anstrengungen des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers zügig vorangetrieben wird, in eine neue Phase von entscheidender Bedeutung eingetreten ist. Vor dem Hintergrund der Moskauer Feststellungen des französischen Präsidenten Georges Pompidou, daß der deutsch-sowjetische Vertrag ein wichtiges Element eines neuen Klimas in Europa geworden ist, wird man in Bonn feststellen können, daß sich diese von der sozial-liberalen Bundesregierung aktivierte Entwicklung zu einem kardinalen Element für die Sicherung und Festigung des Friedens in Europa auszuwirken beginnt. Diese Erkenntnis ist, wie zuletzt eben diese Äußerung Pompidous beweist, inzwischen zum Allgemeingut in Europa und nicht nur in Europa geworden, und man soll auch der Erwartung Ausdruck geben dürfen, daß die von bestimmten Kreisen in der BRD noch immer vertretene Ablehnung des Moskauer Vertrags mehr und mehr einer pragmatischen Überprüfung unterzogen wird.

Vor dem hier skizzierten Hintergrund also und nach intensiven Vorberatungen wird Bundesaußenminister Walter Scheel am 2. November in Warschau gemeinsam mit seinem Kollegen Stefan Jedrychowski mit der konkreten Aussicht in die Schlußrunde gehen dürfen, den deutsch-polnischen Vertrag endgültig unterschriftsreif verhandeln zu können. Für die Punkte, die in Bonn noch offen geblieben sind, bieten sich bereits jetzt Alternativlösungen an, die in der Zwischenzeit in Warschau und in Bonn in ihren Formulierungen und Auswirkungen sorgfältigst abgewogen werden, so daß die beiden Außenminister am 2. November auf tragfähigem Boden stehen können.

Es ist einsehbar, daß Probleme, wie z.B. die Grenzfrage, in ihren nicht nur politischen und rechtlichen, sondern gerade hier auch psychologisch heiklen und schwerwiegenden Aspekten, die die Geschichte zwischen den beiden Staaten bedrückend belasten, so

umfassend und tiefgehend wie nur immer möglich behandelt und beraten werden müssen. Niemandem in diesen beiden Völkern und auch niemandem außerhalb kann daher mit bloßer Eile gedient sein. Der 2. November wird zeigen, daß sich die Regierungspolitiker beider Staaten dieser ihrer Verantwortung bewußt sind und danach handeln. Die Menschen in ihren Staaten warten darauf.

Der für den 13. November festgelegte Beginn der offiziellen Gespräche zwischen Bonn und Prag hat eine lange und wechselvolle Vorgeschichte, die bis in die Tage des damaligen Staatspräsidenten Novotny zurückreicht und in vielfältiger Weise auch von Privatinitiativen begleitet worden ist. Es hat heute wenig Zweck mehr, diese schon zur Historie gewordenen Entwicklungen und Verkästelungen zu verfolgen und den Ursachen für die Schwierigkeiten und Hemmungen nachzuforschen, die nach der Vereinbarung über erste institutionalisierte Kontakte zu einem mehrjährigen Stopp geführt haben. Wir stehen heute, auf beiden Seiten, am Rhein und an der Moldau, vor einem neuen Beginnen, das nun freilich aus eben diesen geschichtlichen Vorläufern die Hoffnung schöpfen kann, daß es möglich sein wird, in vielleicht sogar wenigen Gesprächsrunden zu einem greifbaren Ergebnis zu kommen. Sowohl in Bonn als auch in Prag sind die letzten Monate eifrig genutzt worden, um vor allem die kardinalen Punkte eines solchen BRD-ČSSR-Abkommens konkret anzupacken und verhandeln zu können. Das Problem etwa des Münchner Abkommens, das 1938 zwischen Hitler und den Regierungschefs der drei Westmächte Frankreich, Großbritannien und Italien abgeschlossen worden ist und das die Beziehungen zwischen Prag und Bonn so sehr beeinflusst, wird von beiden Seiten mit alleräußerster Delikatesse zu beraten und einer akzeptablen Lösung entgegenzuführen sein, bzw. einschließlich aller sich daraus ergebenden vor allem auch personalpolitischen Konsequenzen.

Diese Herbstwochen haben es also, um es etwas burschikos zu sagen, durchaus in sich. Die Bundesregierung trägt, soweit sie daran beteiligt ist und sein muß, Stein für Stein zu dem Haus herbei, in dem eines Tages ein in Frieden geeintes und gefestigtes Europa leben kann. An dieser Aufgabe sollen und müssen alle Kräfte in der Bundesrepublik, die sich für ihren Teil für das Ganze verantwortlich fühlen und wissen, aktiv mitwirken.

Gebet der Stunde: Sachliche Arbeit

Zum abgewiesenen Mißbilligungsantrag der CDU/CSU

An Bemühungen, das, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als "Fall Dr. Alex Möller" bezeichnete, in normalen Verhandlungen zwischen Beauftragten der Fraktionen wieder beizulegen, hat es nicht gefehlt. Das Angebot des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehners an die Union bekam jedoch keine Resonanz, auch die wiederholten Erklärungen des Bundesfinanzministers, daß er durch seine Bemerkung in der ersten Lesung des Bundeshaushaltes, ausgelöst durch provozierende Zwischenrufe der CDU/CSU, die Unionsfraktionen nicht in die Nähe der Nationalsozialisten habe rücken wollen, fand bei dieser Fraktion keinen Anklang. Sie wollte ihre Schau, und diese hat sie auch bekommen. Ob sie damit gut getan hat, läßt sich aus vielen Gründen berechtigterweise sehr bezweifeln. Das überzeugende Abstimmungsergebnis über den Mißbilligungsantrag bezeugt wieder einmal die Festigkeit der sozialliberalen Koalition. Sie ließ sich durch ein solch durchsichtiges Manöver nicht auseinanderdividieren.

Worum ging es der CDU/CSU? Nicht um den Mißbilligungsantrag, denn sie wußte von vornherein, daß sie damit nicht zum Zuge kommen konnte. Sie wollte jedoch ihre Blöße, die bei der ersten Lesung des Bundeshaushalts 1971 offenbar geworden war, verdecken und von den eigentlichen Sachfragen, die zur Debatte stehen, ablenken. Die von ihr provozierte Äußerung Dr. Möllers, eines untadeligen Demokraten, der sich um Deutschland und den Wiederaufbau der deutschen Demokratie große Verdienste erworben hat, nahm sie als willkommenen Vorwand, um vor einem Fernsehpublikum von Millionen Emotionen zu erwecken und in Bereiche des Irrationalen vorzustoßen. Das geschah gewiß auch im Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Die wohlgespielte, durchgekerzte, aber durchschaubare Empörung der CDU/CSU galt der Aufwiegelung von Ressentiments in der Erwartung, durch Aufreißen von Klüften in unserem Volk parteipolitische Vorteile zu erzielen. Die Union bescherte dem Bundestag eine ungute Stunde.

Hoffentlich findet der Ruf zur Besinnung und zur Rückkehr zum Boden der sachlichen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition und nach Zusammenarbeit, wo es das nationale Interesse gebietet, Gehör. Unser Volk erwartet dies. Niemand hat Nutzen von angeheizten Emotionen, aber alle tragen den Schaden davon. Bei noch so starken Gegensätzen im Ringen um den besten Weg sollte das nationale Miteinander aller demokratischen Parteien nicht aus der Sichtweite verschwinden. Das verlangt unsere Selbstbehauptung als freies demokratisches Staatswesen.

Offensichtlich hat die Union, einst allmächtige Staatspartei und durch die Wahlentscheidung vom Herbst vergangenen Jahres auf die Bänke der Opposition gezwungen, ihr inneres Gleichgewicht noch nicht gefunden. Darin liegt ihr Dilemma.